



Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 513

Mittwoch, 27. Juni 2012

19. Jahrgang

Kinderarbeit und Ausbeutung in den Zuckerfeldern von Guatemala

Am 12. Juni ist der Internationale Tag gegen Kinderarbeit. Deshalb bringen wir heute einen Artikel, der auf der mittlerweile recht interessanten Internetseite www.plazapublica.com.gt veröffentlicht wurde. Er stammt zwar von Anfang dieses Jahres, ist aber von andauernder Aktualität, wie auch in der anschließenden Nachricht erkennbar wird. Die Autoren Alberto Arce und Martín Rodríguez Pellecer recherchierten für ihren Text auf der Zuckerrohrplantage von Otto Kuhsiek, Präsident der Landwirtschaftskammer, und deckten dabei auf, wie die Regierung, die eigentlich gegen Kinderarbeit rechtlich einschreiten müssten, Minderjährige von unter 14 Jahren auf ihren Plantagen arbeiten lassen.

I) Die Arbeit auf der Finca Flamenco

Kennedy, 13 Jahre, Zuckerrohrarbeiter

Auf den ersten Blick könnte Kennedy S. auch aus der Schule kommen, mit einem dreckigem Gesicht, nachdem er mit Farben gespielt hat, und einem kleinen Rucksack. Er ist ein Kind von 13 Jahren und lächelt jeden an, der ihm über den Weg läuft. Er würde nicht auffallen, wenn er sich nicht auf eine Machete stützen würde, die seinen Beruf verrät. Kennedy arbeitet bei der Zuckerrohrernte seit er 11 ist. Stolz sagt er: „Ich ernte zwei Reihen am Tag ab, ganz allein“. Seine Arme sind stark und muskulös, nicht die Arme eines Kindes, sondern die eines Arbeiters, eines minderjährigen Erntearbeiters. Es handelt sich zweifellos um Kinderarbeit, die das Arbeitsgesetzbuch, das Gesetz zum Schutz der Kindheit, zwei Abkommen der *Internationalen Arbeitsorganisation* (ILO) und die Freihandelsabkommen, die Guatemala ratifiziert hat, verbieten. Kennedy ist nicht der einzige Junge, der auf der Finca arbeitet. Mindestens 12 weitere Kinder haben uns bei unserer Unterhaltung zugehört, während sie mit ihren Macheten spielten, als ob sie ein normales Kinderspielzeug wären. Sie sind zwischen 10 und 13 Jahren alt. Diese Finca ist nicht die einzige, auf der Kinder arbeiten. Kinderarbeit auf Zuckerrohrplantagen ist eine Realität, die sich über Zeit und Raum ausgebreitet hat, den Gesetzen gegenüber immun ist und die jedem ins Auge springt, der in diese Gegend kommt. Nichts wird versteckt, alles ist auf der Strasse sichtbar.

Sein Chef: Otto Kuhsiek

Die Finca Flamenco, auf der Kennedy arbeitet, liegt nahe der Hauptstadt des Departments Retalhuleu. Sie ist Eigentum des Zuckerrohrunternehmers Otto Kuhsiek. Er verkauft seine Produkte an die Zuckerfabrik Pilar, eine der 13 Mitgliedsfirmen des *Guatemaltekischen Vereins der Zuckerrohrfabrikanten* (Asazgua). Kuhsiek ist nicht irgendein Unternehmer. Seit 2010 ist er Präsident der *Landwirtschaftskammer* (Camagro), die mächtige Vereinigung, die die Finqueros und LandwirtschaftsunternehmerInnen des Landes repräsentiert. Sie ist der politische Arm des Agrarsektors, gegründet um den Respekt des Privateigentums zu garantieren. In den 1950er Jahren nannte sie sich *Guatemaltekischer Verein der Landwirte* (AGA) und stellte sich gegen die Agrarreformen der Regierung von Jacobo Árbenz. Heute koordiniert die Camagra die Politiken ihres Sektors.

Inhaltsverzeichnis

Kinderarbeit und Ausbeutung in den Zuckerfeldern von Guatemala..... 1

Zum Internationalen Tag gegen Kinderarbeit: Der Staat ist gefordert!.....5

Amnesty: Urgent Action für die bedrohte Aktivistin Yolanda Ouelí,..... 5

Das Gesetz

Das Gesetz erlaubt eine Ausnahme für Arbeit von Minderjährigen, aber nur, wenn es sich um leichte Arbeit handelt – und auch nur mit Erlaubnis des Sorgeberechtigten und der *Einheit zum Schutz des minderjährigen Arbeiters* des Arbeitsministerium. Ein Ministerium, das sich 2008 verpflichtete, keine Arbeitserlaubnis an Kinder unter 14 Jahren auszustellen und auch aktuell an dieser Politik festzuhalten verspricht. Selbst wenn Kennedy schon 14 Jahre alt wäre und einen Arbeitsvertrag unterschrieben hätte, kann man das Ernten und Schleppen von Zucker an 12 oder mehr Stunden pro Tag, bezahlt nach Gewicht, wohl kaum als „leichte Arbeit“ beschreiben. Vielmehr ist es Kinderarbeit in ihrer schlimmsten Form und durch internationale Abkommen verboten. Leider bedeutet ein gesetzliches Verbot nicht, dass es auch angewendet wird. Auf dem amerikanischen Kontinent ist Guatemala das Land mit der höchsten Zahl an Kinderarbeit. Laut einer Studie aus dem Jahr 2006 arbeiteten dort 528.000 Kinder im Alter von fünf bis 14 Jahren.

Die Familie Rivera

Edgar Rivera, 30 Jahre alt, kehrt nach einem langen Arbeitstag mit seinen beiden Söhnen Elvis, 13 und Jordi, 12 Jahre alt, nach Hause zurück. Das Schlimmste für Rivera ist nicht, dass seine beiden Kinder arbeiten müssen, obwohl er sie gerne in die Schule schicken würde, sondern dass die Familie nicht einmal mit ihrer Hilfe in annehmbaren Bedingungen leben kann. Zu dritt verdienen sie 60 Quetzales (6 Euro) am Tag. Das reicht bei weitem nicht aus, um eine Familie vernünftig zu ernähren. Ein Pfund Fleisch kostet 20 Quetzales. Bei einem Tageslohn von 40 oder 50 Quetzales und einer 10köpfigen Familie, kann man sich ausrechnen, wie viele Bissen Fleisch jede/r abbekommen würde. Der aktuelle gesetzliche Mindestlohn liegt übrigens bei 68 Quetzales pro Tag und Person.

Die Arbeitsvermittler

Andere Arbeiter, die aufgrund von Stellenanzeigen von ausserhalb herangeschafft werden, erhalten Fleisch zu essen. Aber die Arbeitsbedingungen ähneln denen des 18. Jahrhunderts. Der Vermittler, der die Arbeiter bringt, bekommt 25 Quetzales pro Tonne Rohrzucker, 20 davon überlässt er den Arbeitern. 15 Quetzales davon zahlen die Arbeiter an ihre Vermittler für drei Mahlzeiten täglich, eine davon mit Fleisch. Um Geld anzusparen, muss man mindestens zwei Tonnen pro Tag ernten – auf offenem Feld und bei Temperaturen um die 30 Grad Celsius.

(II) Die Erklärung von Otto Kuhsiek

Kinder helfen ihren Eltern auf der Finca ...

Kuhsiek empfing die Autoren zusammen mit der Direktorin der Kammer, Carla Caballeros in der exklusiven Zone 10 der Hauptstadt, bereit auf alle Fragen zu antworten. Er definiert sich als Person, die das Gesetz vertritt. „Ich weiss nicht, wie alt die Kinder sind, die auf meiner Finca waren, aber sie waren dort auf alle Fälle nur, weil sie Ferien hatten. Sie sahen doch, dass sich gegenüber eine Schule befindet. Und diese Kinder sind nicht unsere Arbeiter, vielmehr begleiten sie ihre Eltern. Es sind ihre Helfer.“ Laut Kuhsiek sind der soziale Kontext und die wenigen Arbeitsmöglichkeiten der Region verantwortlich für die Existenz von Kinderarbeit. Er bestreitet, den „Mythos der unmenschlichen Arbeitsbedingungen“ „Die Leute hören mit arbeiten auf, wann sie es entscheiden“. Er scheint dabei nicht zu sehen, dass bei einer Bezahlung nach Gewicht, es nicht so einfach ist, aufzuhören, wenn man müde ist. Um den Mindestlohn zu erarbeiten, müsste man drei Tonnen pro Tag abernten. Wenn man dem Finquero glaubt, liegt der normale Durchschnitt bei sechs Tonnen. Die Erntearbeiter sagen, dass die Ernte von mehr als zwei oder drei Tonnen unmenschlich ist. Kuhsiek bestreitet, dass der Mindestlohn und der Sozialversicherungsbeitrag nicht gezahlt werde. Dies sei Aufgabe der Arbeitsvermittler, die die Arbeiter rekrutieren.

Zuckerrohrarbeiter und Renten

Wenn die Arbeiter dies jedoch einfordern wollen, dann werden sie einfach nicht mehr vermittelt, erklärt uns ein Arbeiter der Finca Flamenco. Dieser Arbeiter, José Antonio de León, ist 69 Jahre alt und möchte aufhören. Die Arbeit ist für sein Alter zu anstrengend. Aber der Papierkram, der für die Pensionierung notwendig ist, sei viel zu kompliziert. Daneben fehlt auch jegliche ärztliche Versorgung. Sein Kollege, Luis Haroldo Barrios erklärt, dass „die Chefs nicht für uns zahlen. Wir haben Glück, wenn sie uns zum Gesundheitszentrum bringen, wenn wir uns schneiden. Besser wir verletzen uns nicht, denn wenn wir nicht arbeiten, dann essen wir auch nicht.“ Kuhsiek hält auch hier eine Erklärung für die Rentnerarbeit bereit: „Wahrscheinlich bekommen sie ihre Rente, aber sie arbeiten weiter, da sie es so wollen“. Und dass die Arbeiter nie in die Rentenversicherung eingezahlt haben? Das läge in der Verantwortung der Arbeitsvermittler. Und wie kann es sein, dass die Camagra periodisch die Anwendung des Gesetzes einfordert, wenn ihr Präsident Kinder auf seiner Finca arbeiten lässt und nicht für alle seine Arbeiter eine Sozialversicherung zahlt?

Caballeros springt ein: „Es ist Aufgabe des Staates dies durchzusetzen. Wir können die einzelnen Individuen und Firmen nicht dazu zwingen.“

(III) Die Standards der Agroindustrie des Landes

Boomende Zuckerrohrindustrie

Die Zuckerrohrindustrie ist eine der stärksten des Landes. Zudem bietet sie die wettbewerbsfähigsten Preise in der Region und auch auf lateinamerikanischer Ebene ist es der Sektor, der den meisten Profit einbringt. Guatemala ist der viertgrösste Zuckerexporteur weltweit. Ebenso befindet sich diese Industrie in einem stetigen Wachstum. In den letzten 20 Jahren ist die Produktion um 238% gewachsen, die Einkünfte stiegen im vergangenen Jahr stiegen die Einkünfte um fast 10%. Dank des Anstiegs des Zuckerpreises hatte die Zuckerindustrie 14 % aller Diviseneinnahmen Guatemalas, ein Wert, der sich in einem Jahr verdoppelte (nach Zahlen der Industrie). Der Zuckerpreis war von 11 US-Dollar pro Zentner im Januar 2008 auf 28 US-Dollar pro Zentner im Januar 2011 angestiegen, was einer Gewinnsteigerung von 378 Millionen US-Dollar (2008) auf 726 Millionen (2010). Diese Gewinne aber werden nicht weiter verteilt, nicht einmal innerhalb der eigenen Produktionskette. Der Preis für Zucker in Guatemala selbst verdoppelte sich innerhalb eines Jahres. Die Produktionsverhältnisse entsprechen den Standards der Vergangenheit.

Die Position der Asazgua

Asazgua versichert, dass die 33.000 Erntearbeiter, die direkt in den 13 zu Asazgua gehörigen Zuckerfabriken arbeiten, einen Mindestlohn und Zusatzbonus erhalten, d.h. 3.500 Quetzales pro Monat. Zudem erhalten sie Unterkünfte und Verpflegung. Dabei unterscheidet Asazgua zwischen Zuckerherstellern und Zuckerrohrerntearbeitern. Letztere produzieren das Zuckerrohr, während die ersteren es bearbeiten und in Zucker umwandeln. Diejenigen, die ausserhalb der Zuckerfabriken auf den Feldern arbeiten, erhalten die Hälfte des Lohnes, ohne Sozialversicherung. Die Verantwortlichen von Asazgua streiten nicht ab, dass es Fälle gibt, in denen die Gesetze über Kinderarbeit und Sozialversicherung nicht angewendet werden: „Da handelt es sich um Zuckerrohrerntearbeiter, nicht um Zuckerhersteller. Das sind die Lieferanten und sie sind nicht Teil von Asazgua.“ María Silvia Pineda, Direktorin der Abteilung für soziale Verantwortung von Asazgua, gibt zu, dass diese Praktiken in Guatemala, aber auch in vielen anderen Orten auf der Welt existieren. Allerdings sei das, was über die Finca von Kuhsiek geschrieben wurde, keine Kinderarbeit. Auch werden sie nicht aufhören, Zuckerrohr vom Präsidenten der Camagra zu kaufen. Asazgua arbeite anders: Statt zu bestrafen, würden diejenigen mit Prämien belohnt, die ihre Sache gut machen und so ein positives Beispiel geben. Damit sollen die Einstellungen und Praktiken geändert werden. Allerdings sind sowohl die Zuckerfabrikanten als auch die Zuckerrohrpflanzler Teil der Camagra. Und Otto Kuhsiek ist ihr Lieferant und ihr Präsident. Die Vereinten Nationen machen keinen Unterschied zwischen Fabrikanten und Lieferanten bei der Anwendung der internationalen Arbeitsstandards. Es ist die gleiche Industrie, für die die gleichen Gesetze gelten.

(IV) Ein „anthropologisches“ Problem

Die wirkliche Erklärung der Kinderarbeit ist natürlich komplexer als zu sagen, ein Junge habe Schulferien und helfe seinem Vater. Trotz der schönen Worte scheint Asazgua nicht viel zu tun, um ihren guten Willen in die Tat umzusetzen. Für Silvia Pineda muss man erst einmal die Geschichte verstehen: „Anfang der 80er Jahre entschieden wir, dass man einige Praktiken in der Arbeitsanstellung ändern müsse. Mit einer Gesetzesreform, aber auch auf kulturellem Niveau. Was in dem Moment passierte, war eine konzeptuelle Migration. Man hörte auf, die Kinderarbeit als einen wirtschaftlichen Vorteil zu betrachten.“ 1994, noch vor den Friedensverträgen, beschlossen die Zuckerhersteller, keine Kinder mehr zu beschäftigen. Und im Jahr 2000 wurde offiziell das Programm *Null Kinderarbeit* eingeführt. Eine Politik, die ein Jahrzehnt später noch immer nicht umgesetzt wurde. Laut Pineda „waren es die Erntearbeiter, die sich gegen das Verbot von Kinderarbeit wehrten, als sie davon erfuhren. Sie bedrohten uns, die Zuckerrohrfelder zu verbrennen, oder schlimmer noch, nicht arbeiten zu gehen. Sie sagten, dass ihnen das Recht auf Arbeit verwehrt würde.“ Kuhsiek stimmt in diesem Punkt Pineda zu: „Es ist einfach, dass auf den Fincas aus Versehen ein Brand entsteht“. Pineda korrigiert ihn: „Das sind keine Unfälle, sondern Brandstiftung“. Laut ihren Aussagen würden die Arbeiter die Ernten sabotieren und von den Bränden profitieren, da das verbrannte Zuckerrohr eingesammelt werden müsse, wofür man mehr Leute bräuchte. Daher sind die Unternehmen bei diesem „anthropologischen Problem“ die Opfer und die ArbeiterInnen die Schuldigen, da sie die Unternehmen dazu zwingen, Kinder einzustellen, gegen ihren Willen und festen Vorsatz, die Kinderarbeit abzuschaffen. [Die Statistiken, die in der folgenden Nachricht genannt werden, zeigen, wie unsinnig die Argumentation ist.]

(V) Gewerkschaften und Arbeitsrechte

Nicht nur dass der Rechtsstaat auf den Fincas ausgehebelt ist, auch die Löhne werden weder den gestiegenen Gewinnen, noch den gestiegenen Lebenserhaltungskosten angepasst. Nach Informationen des *Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen* (UNDP) ist das Pro-Kopf-Einkommen im Jahr 2011 sogar gesunken. Da es keine Gewerkschaft gibt, gibt es auch niemanden, der sich für die Rechte der Arbeiter einsetzt oder zumindest über die Arbeitsbedingungen verhandelt. Für Pineda „sind die Gewerkschaften nicht verboten, sondern überflüssig, da sich eine Vertrauensbasis zwischen Arbeitern und Chefs gebildet hat, die niemand gefährden möchte“. Zum Beweis legt sie (eigene) Statistiken vor, die aussagen, dass 98% der Arbeiter zufrieden sind und 86% zur nächsten Ernte wieder kommen.

Arbeiterkämpfe in den 1980er Jahren

Ein Blick zurück auf die Geschichte zeigt, dass z.B. im März 1980 70.000 Arbeiter alle Zuckerrohrplantagen des Landes besetzten und bessere Arbeitsbedingungen forderten - und auch erhielten. Viele waren damals in Gewerkschaften. Auf der Zuckerrohrpflanzung Pantaleón waren 50% der Arbeiter in einer Gewerkschaft. Aber nur drei Jahre später verschwanden drei der fünf Gewerkschaftsführer und tauchten nie wieder auf. Man beschuldigte sie, mit der Guerilla zu tun zu haben. 1984 wurden alle Arbeiter der Plantage, die irgendeine Art Verbindung mit einer Gewerkschaft hatten, entlassen. Zwischen 1980 und 1984 verschwanden 23 Gewerkschaftler an der Südküste. Die *Historische Aufklärungskommission* (CEH) geht davon aus, dass sie von staatlichen oder auch von privaten, vom Staat geduldeten, Sicherheitsbeamten festgenommen wurden und verschwanden. Dies wird durch die Tatsache gestützt, dass der Unternehmensektor enge Verbindungen zu den Sicherheitskräften unterhielt und die Staatspolitik, die die Auflösung der Gewerkschaften betrieb, aktiv unterstützte – was die Eliminierung vieler Gewerkschaftsführer bedeutete.

Arbeitsrechte

Die Bedingungen haben sich augenscheinlich nicht wirklich geändert. Die Notiz aus der US-amerikanischen Botschaft 08GUATEMALA693 vom Juni 2008 (veröffentlicht von Wikileaks) nennt die Zuckerrohrerntearbeit „Zwangsarbeit und Kinderausbeutung. Ein System, in dem die Unternehmen harte tägliche Produktionsquoten verlangen, die unmenschlich sind und nicht nach den gesetzlichen Vorgaben erfüllt werden können.“ In dem selben von James Derham unterzeichneten Dokument heißt es, dass „die Kinderarbeit eine weit verbreitete Praxis ist, obwohl die Zuckerindustrie das abstreitet. (...) Denjenigen, die die Quoten nicht erfüllen, wird mit Entlassung gedroht, was letztendlich eine Art der Zwangsarbeit darstellt. (...) Das bedeutet Arbeitstage von mindestens 12 Stunden und dass die Arbeiter Drogen konsumieren, um ihre Leistung zu erhöhen.“ Die Arbeiter von der Finca Flamenco haben uns das bestätigt. „Nur mit Drogen schafft man seine vier Tonnen täglich“. Der Unterschied zu den 1980er Jahren ist, dass nicht mehr die Gewalt als Mittel der Repression genutzt wird, sondern zwei andere Mechanismen. Zum einen wird Zuckerrohr von denen gekauft, die nicht die Standards erfüllen. Zum anderen existiert ein verbreitetes System der Korruption, was erlaubt, die Gesetze nicht zu beachten. Die ebenfalls von Wikileaks veröffentlichte Notiz 09GUATEMALA1102 der US-amerikanischen Botschaft (Oktober 2009) schreibt, „dass das Inspektionssystem des Arbeitsministeriums unzureichend ist, die Inspektoren oft korrupt sind und dass das Justizsystem die UnternehmerInnen begünstigt. Die Arbeiter ihrerseits versuchen erst gar nicht, ihre Rechte einzufordern, da sie sonst ihre Arbeit verlieren würden“.

(VI) Gibt es einen Ausweg?

Ein Ausweg aus diesem Kreis der Illegalität und des arbeitsrechtlichen Rückstands zu finden scheint nicht einfach zu sein. Die Grundschulausbildung der Arbeiterkinder wird es ihnen kaum ermöglichen, eine bessere Anstellung zu finden. Während auf dem Kontinent der Durchschnitt bei knapp acht Jahren Schulbildung liegt, liegt er in Guatemala gerade mal bei vier. Auch in Sachen Kinderarbeit und Pro-Kopf-Einkommen erreicht das Land die schlechtesten Werte in Lateinamerika. Selbst die Kinder wissen, dass man Lesen und Schreiben können muss, um eine Arbeit im Dorf oder in der Stadt zu finden. Das grösste Vergnügen von Kennedy, dem 13jährigen Jungen, ist es ein Stück Zuckerrohr zu schälen und daran zu lutschen, als ob es eine Süßigkeit wäre, die in den Läden verkauft wird. „Hier muss man für die Süßigkeiten nicht zahlen. Sie sagen, dass daraus der Zucker gemacht wird, aber bis heute habe ich noch nie welchen gesehen.“ Sein Onkel Basilio Ortega drückt das gleiche mit weniger unschuldigen Worten aus: „Die Arbeit ist gut, denn ohne Arbeit gibt es weder Geld noch Essen“.

Währenddessen wird Asazgua Kuhsiek nicht bestrafen oder aufhören, von ihm Zuckerrohr zu kaufen. Sie wird auch nicht untersuchen, wie die Zustände auf seiner Finca sind. Das steht Asazgua nicht zu. Das ist die Aufgabe des Staates.

Zum Internationalen Tag gegen Kinderarbeit: Der Staat ist gefordert!

Guatemala, 12. Juni 2012 (CEG): Anlässlich des Internationalen Tages gegen Kinderarbeit, den die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) 2002 einführte, haben mehrere guatemaltekeische kirchliche Organisationen sowie die Fundación Rigoberta Menchú ihre Regierung aufgefordert, ihren Verpflichtungen in Bezug auf die Konvention 182 der ILO (Verbot der schlimmsten Formen von Kinderarbeit und Aktivitäten zu ihrer Abschaffung) nachzukommen.

In einer Gedenkveranstaltung haben die Stiftung Katholischer Hilfsdienste (CRS), die Vereinigung Redliches Projekt des Kreuzes, die Sozialpastorale der Diözese San Marcos und die Fundación Rigoberta Menchú jegliche Form der Kinderarbeit verurteilt und die Rechte der Kinder und Jugendlichen eingefordert.

Kinderarbeit in Zahlen

In einer Pressekonferenz bekräftigten die Organisationen, dass die Kinderarbeit in Guatemala eng mit den Problemen der BäuerInnen und indigenen Bevölkerung verbunden sei. Die Lebensbedingungen der Kinder entscheiden über die Form und die Dauer ihrer Beschäftigung. Je ärmer ein Kind ist, desto gefährlicher sei ihre Tätigkeit und desto länger dauere der Arbeitstag. Laut Statistiken aus den Jahren 2007-2010, haben 30.000 Mädchen und Jungen die Schule verlassen, um zu arbeiten und ihren Familien so wirtschaftlich zu unterstützen. In den vergangenen 15 Jahren hat sich die Zahl der arbeitenden Kinder verdreifacht, was unmittelbar zusammenhängt mit dem gleichzeitigen Anstieg der Armut und extremen Armut. Jedes dritte Kind arbeitet in den Departments Quetzaltenango, Totonicapán und San Marcos. Die Friedensnobelpreisträgerin, Rigoberta Menchú Tum, erklärte, dass die gefährlichsten Tätigkeiten, die Kinder ausüben, jene sind, in denen sie mit Schießpulver und Feuerwerkskörpern umgehen müssen sowie die Arbeit in Steinbrüchen. Für sie könne der Ausweg aus der Kinderarbeit nur über eine kostenlose und qualitativ hochwertige Bildung führen und natürlich über eine Beschäftigung der Eltern.

Ein möglicher Ausweg: Bildung und Armutsbekämpfung

Armando Secaida, der Vertreter der CRS, berichtete von einem Projekt seiner Organisation namens: „Meine Rechte sind wichtig!“, das bei lokalen Gemeindeführer das Bewusstsein für den Wert der Kinderrechte schärfen will – und zwa in den Gemeinden San Lorenzo und Comitancillo, Department San Marcos und Santa María Chiquimula und Totonicapán im Department Totonicapán. Zugleich hat die CRS 184 Schulen mit 11.200 SchülerInnen aufgebaut. Secaida nannte diese 11.000 SchülerInnen „HeldInnen“, da sie neben der Schule auch arbeiteten, um ihre Familie zu unterstützen. Sie kämen auf eine Arbeitszeit von 23 Stunden/Woche.

Die Organisationen gaben ihrer Hoffnung Ausdruck, dass die schlimmsten Formen der Kinderarbeit bis 2015 abgeschafft sein werden, und dass Guatemala bis 2020 frei von jeglicher Form der Kinderarbeit sei. Die CRS und die Fundación Rigoberta Menchú regten eine Fortbildung „Kinderrechte und Kinderarbeit“ für gesellschaftliche Akteure an, damit diese Verantwortung für die Zielmarke 2012 erkennen. Schließlich drängten die Organisationen darauf, politische (Not-)Maßnahmen zur Eliminierung der Armut und des Hungers zu ergreifen und damit das Ausmaß der unannehmbaren sozialen Übel im Bereich der Kinderarbeit zu vermindern.

Amnesty: Urgent Action für die bedrohte Aktivistin Yolanda Ouelí,

Wie Ihr wisst, will die ¡Fijáte!-Redaktion Euch nicht nur informieren, sondern auch aktivieren. Wir geben daher folgende e-mail von CAREA bzw. ADA weiter und schließen uns der Bitte von Maren Kraushaar an:

Liebe Guatemala Interessierte,

Anbei besorgniserregende Nachrichten von Übergriffen auf eine lokale Gemeindeführerin, die sich gegen den Bergbau in ihrer Region engagiert, zusammengestellt von CAREA e.V. (...) Wir bitten Sie/Euch deshalb an der Eilaktion von Amnesty International teilzunehmen. Anbei auch ein Musterbrief auf Spanisch, der die Situation zusammenfasst und die Forderungen von Amnesty International enthält.

Solidarische Grüße, Maren Kraushaar

Hintergrund:

Nur wenige Wochen nachdem die Situation rund um ein Wasserkraftwerk in Sta. Cruz de Barillas eskalierte, spitzt sich die Lage rund um ein anderes Projekt, die Mine El Tambor, zu (siehe ¡Fijáte! 427). Seit März diesen Jahres blockieren Anwohner der municipios San José del Golfo und San Pedro Ayampic den Zugang zur Mine El Tambor (siehe Fotoreportage über die Blockade und die Hintergründe von James Rodriguez auf <http://www.mimundo-fotorreportajes.org/2012/06/comunitarios-mantienen-bloqueo-entrada.html>). Sie protestieren damit gegen die Aufnahme der Arbeit der Mine, die ohne vorherige Information und Konsultation der betroffenen Bevölkerung eingerichtet wurde. Die Protestierenden befürchten als Konsequenz der Bergbauaktivitäten insbesondere eine Beeinträchtigung der Trinkwasserqualität und reklamieren dass die lokalen Gemeinschaften weder über die möglichen Folgen der Mine aufgeklärt, noch zu dem Projekt konsultiert wurden. Die Mine /El Tambor/ wird betrieben von Exploraciones Mineras de Guatemala, S.A. (EXMIGUA), einem Tochterunternehmen des kanadischen Unternehmens Radius Gold Inc.

Am Abend des 13. Juni kam es in diesem Zusammenhang zu einem bewaffneten Angriff auf Yolanda Oqueli, eine der Anführerinnen des Protestes und Mitglied der Frente Norte del Área Metropolitana FRENAM. (vgl. ihr Interview mit der BäuerInnengewerkschaft CUC auf <http://ghrcusa.wordpress.com/2012/06/15/the-mine-once-again-la-mina-otra-vez/>). Als sie sich auf dem Heimweg von der Blockade befand wurde das Auto von Oqueli von Unbekannten beschossen, die Aktivistin von einer Kugel in den Bauch getroffen. Glücklicherweise wurde Yolanda Oqueli bei diesem Angriff nicht lebensgefährlich verletzt, sie erholt sich aktuell in einem Krankenhaus in Guatemala Stadt. Bereit seit August 2011 berichtete Yolanda Oqueli wiederholt über Drohungen die sie aufgrund ihrer Arbeit als Menschenrechtsverteidigerin erhielt. Zuletzt hatte Oqueli im Mai diesen Jahres vor der Staatsanwaltschaft Anzeige erstattet.

Als Reaktion auf den Angriff veröffentlichten eine Vielzahl von Menschenrechtsorganisationen Pressemitteilungen, etwa FRENAM auf <http://www.albedrio.org/htm/otrosdocs/comunicados/frenam-001.html>, Frente Popular auf <http://www.albedrio.org/htm/otrosdocs/comunicados/fpsds-078.html> und verschiedener NGO's auf <http://www.albedrio.org/htm/otrosdocs/comunicados/variasorganizaciones-109.html>).

Vorlage eines Protestbriefes an Präsident Otto Pérez Molina und/oder Innenminister Mauricio López BonillaAdressen

Otto Pérez Molina

Presidente de la República

Casa Presidencial, 6ª Avenida 4-41, Zona 1, Puera del Centro, Ciudad de Guatemala, GUATEMALA

(korrekte Anrede: Dear President / Estimado Sr. Presidente / Sehr geehrter Herr Präsident)

Mauricio López Bonilla

Ministro de Gobernación

6ª Avenida 13-71, Zona 1, Ciudad de Guatemala, GUATEMALA

(korrekte Anrede: Dear Minister / Estimado Sr. Ministro / Sehr geehrter Herr Minister)

Fax: (00 502) 2413 8888, Durchwahl: 2290

Estimado Presidente de la República, [Estimado Sr. Ministro]

Por este medio les escribo muy respetuosamente para expresar mi preocupación sobre las amenazas contra activistas contra la explotación minera, específicamente las amenazas y disparos contra Yolanda Oqueli, activista contra la mina El Tambor en los municipios de San José del Golfo y San Pedro Ayampuc. Desde marzo de 2012 se mantiene una protesta ante la entrada a la mina. Quienes se oponen a la mina alegan que contaminará el agua, y que no se ha consultado a las comunidades locales sobre su impacto potencial. Yolanda Oqueli es una de las activistas y dirigente del Frente Norte del Área Metropolitana (FRENAM), organización que ha estado protestando contra los efectos negativos de un proyecto minero en su comunidad. La mina la gestiona Exploraciones Mineras de Guatemala, S.A. (EXMIGUA), filial local de la empresa canadiense Radius Gold Inc.

El 13 de junio Yolanda Oqueli resultó herida por un disparo en la localidad de San José del Golfo cuando se dirigía en carro para participar en una protesta contra la mina. Actualmente se encuentra en el hospital en estado grave pero estable. Otros activistas locales temen que puedan correr también peligro. A consecuencia de su trabajo como defensora de

derechos humanos, Yolanda Oquelí ya ha recibido varias amenazas y acosos contra ella y otros activistas, hechos que denunció ante el Ministerio Público en varias ocasiones desde agosto de 2011.

Señor Presidente de la República [Señor Ministro], le exijo que:

- ordenen una investigación independiente, exhaustiva e imparcial sobre los disparos y las amenazas realizados contra Yolanda Oquelí, que hagan públicos sus resultados y que lleven a los responsables ante la justicia
- instándolas a tomar medidas inmediatas para brindar protección adecuada a Yolanda Oquelí y a su familia, y a los activistas que trabajan contra las violaciones de derechos humanos causadas por las operaciones mineras en la zona de San José del Golfo

Atentamente,
N.N.

Kopie bitte an:

Colectivo MadreSelva
6a Avenida 2-60, Zona 2, Ciudad de Guatemala, GUATEMALA
E-Mail: colectivomadreselva@gmail.com

BOTSCHAFT DER REPUBLIK GUATEMALA
S.E. Herrn Carlos Jiménez Licona
Joachim-Karnatz-Allee 45-47, 2. OG., 10557 Berlin
Fax: 030-2064 3659, E-Mail: embaguat.alemania@t-online.de

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle möglichst sofort. Schreiben Sie in gutem Spanisch, Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir, nach dem **26. Juli 2012** keine Appelle mehr zu verschicken.

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

Redaktion:

Wiebke Schramm – wibsc@gmail.com
Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber:

Solidarität mit Guatemala e.V., Sitz in D-79100 Freiburg
Vereinsregister Nr. 2674, Steuer-Nr. 06470/10312, beim Finanzamt Freiburg i.Br. als gemeinnützig anerkannt.

Abo-Verwaltung: fijate@web.de

Solidarität mit Guatemala e.V.
Kto. -Nr.: 32 95 01-751, Postbank BLZ: 660 100 75, IBAN: DE42660100750329501751, BIC: PBNKDEFF
Jahresabonnement 50.-€

Abo in der Schweiz:

Jahresabonnement 85.-CHF, Konto-Nr. PC: 30-516068-6